LKZ 04.03.2017

Die Ehrenamtlichen sind empört

Politiker verschiedener Parteien stehen der Verunsicherung der Helfer gegenüber - Kritik an fehlender Menschlichkeit

VON ANDREAS SCHMALTZ

Wut und Empörung schlägt den anwesenden Politikern entgegen. Der Saal ist voll mit Helfern, die sich im Stich gelassen fühlen. Beim Diskussionsabend des Forum Asyl fordern sie Antworten. Vor allem die CDU sehen sie in der Verantwortung für die derzeitige Abschiebepolitik.

Zentrales Thema waren die Abschiebungen nach Afghanistan. Die Einschätzung, dass es in dem Land sichere Regionen gebe, stieß bei den anwesenden Ehrenamtlichen auf Unverständnis. Sie wollten es genau wissen: „Sind Sie für oder gegen Abschiebungen nach Afghanistan?“, kam die Frage an die Politiker gleich zu Beginn aus dem Publikum.

Viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer sorgen sich über verstärkte Abschiebungen: Sie fordern von den Politikern Antworten. Foto: Holm Wolschendorf

„Es macht keinen Spaß, um 5 Uhr an der Tür zu klingeln, um jemanden abzuschieben.“

Siegfried Lorek
CDU-Landtagsabgeordneter

Der CDU-Landtagsabgeordnete Siegfried Lorek flüchtete sich in Erklärungen. Aus seiner 22-jährigen Polizeiarbeit wisse er, dass es keinen Spaß mache, um 5 Uhr an der Tür zu klingeln, um jemanden abzuschieben. Auch kenne er kein Thema, das die Menschen in so kurzer Zeit so auseinandergetrieben hätte. Er sehe das in seinem persönlichen Umfeld und in der Partei. „Das ist gefährlich für die Gesellschaft“, sagte er. Letztlich entscheide aber der Bund, ob Afghanistan als sicher gelte oder nicht. Der Landtag sei dafür nicht zuständig. Lorek findet das jetzige Vorgehen richtig. Es brauche jedoch eine ständige Überprüfung der Sicherheitslage. Im Saal fand er für diese Einschätzung keine Zustimmung.

Daniel Lede Abal, Landtagsabgeordneter der Grünen, hält die Abschiebungen nach Afghanistan persönlich für falsch. Warum die Bundesregierung den Bericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen zur Sicherheitslage als Unterstützung für ihre Politik sehe, sei fraglich. Der Bericht gebe das nicht her.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Josip Juratovic erklärte: „Bund und Länder schieben sich die Schuld zu.“ Er ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. Auch er hält Afghanistan nicht für sicher. „Die Menschen, die uns im Kampf gegen der Terror geholfen haben, sind jetzt ausgeliefert“, sagt Juratovic. Man habe eine moralische Verpflichtung. Rechtlich seien die Abschiebungen zwar in Ordnung, moralisch aber nicht.

Eine Frau aus dem Publikum richtet sich an Lorek: „Sie sind doch eine christliche Partei. Menschlichkeit und Nächstenliebe müssen da etwas zählen.“ Eine andere Helferin erklärte, sie müsse sich Fremdschämen für die CDU. Die verlangte Bürokratie sei unakzeptabel. Sie empfahl Lorek, einmal Flüchtlinge zu Behörden zu begleiten. Die Unsicherheit, die das für die Menschen bedeute, sei unglaublich.

Die Regelungen hätten ihre Berechtigung, erwiderte er. „Sie mögen es nicht, aber so ist es erstmal.“ Lorek berichtete von Leuten, die eine Situation wie zu Beginn der Flüchtlingskrise auch nicht mehr wollten. Letztlich stelle sich aber die Frage, wer Anrecht auf Asyl habe und wer nicht. „Wir können keine 60 Millionen Menschen aufnehmen“, betonte Lorek.

„Wenn man in der Demokratie verschläft, wacht man in einer Diktatur auf.“

Josip Juratovic
Bundestagsabgeordneter der SPD

Der CDU-Politiker hatte bei den Anwesenden einen schweren Stand. Sie warfen der Politik vor, das Recht über die Menschlichkeit zu stellen. Lede Abal berichtete, er habe selbst in einem Asylcafé erlebt, welche Ängste die Abschiebungen bei den Betroffenen auslösten. Er hält das für den eigentlichen Sinn dieser Maßnahmen.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreisrat, Hans-Jürgen Kemmerle, sieht darin ein typisches Beispiel, wie die Politik einzelne Gruppen für den Stimmungsumschwung in der Bevölkerung büßen lasse.

Dagegen bat Juratovic die Anwesenden, sie nicht pauschal als „die Politik“ zu bezeichnen. „So handelt die AfD und spaltet damit die Gesellschaft“, sagte er. Die Parteien würden unterschiedliche Meinungen innerhalb der Gesellschaft vertreten. Das sei in einer Demokratie wichtig. „Seid wachsam“, fügte er hinzu. „Wenn man in der Demokratie verschläft, wacht man in einer Diktatur auf.“